

Protokoll

über die Sitzung des **Ausschusses für Jugend, Soziales, Integration und Teilhabe** am Donnerstag, **06.01.2022**, 18:00 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Christina Schlicker

Stellv. Vorsitzende/r

Frau Marie Zoey Wolters

Mitglieder

Frau Gisela Brückner

Frau Jasmina Cortese

Frau Andrea Czernitzki

Herr Günter Hahn

Frau Magdalena Itrich

Frau Silvia Luft

Herr Hubert Paschke

Herr Edward-Philipp Pieper

Frau Melanie Stoy

Frau Monika Strecker

Verwaltungsvorstand

Frau Annette Plein

FBL 2

Herr Maic Schillack

FBL 1, Erster Stadtrat

Beratende Mitglieder

Frau Vanessa Kretschmer

Herr Tim Kröger

ab TOP 3

Herr Kay Rudolf

Herr Ben Rybak

Herr Conner Steinhoff

Gäste

Herr Michael Homann

Ortbürgermeister Eilvese

Frau Irene Siedow

Behindertenbeauftragte

Verwaltungsangehörige/r

Frau Luzie Flegel

FD 52, Protokoll

Frau Inga Heidemann

FDL 52

Zuhörer/innen

Zuhörer/innen

2 Personen

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:20 Uhr

Tagesordnung

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Berichte und Bekanntgaben
- 3 Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
- 4 Anfragen
- 5 Beteiligung der Ortsräte; Stellungnahmen der Verwaltung zu **2021/217/1** den Vorschlägen der Ortsräte für den Haushalt 2022
- 6 2. Bericht über die Entwicklung der Haushaltsdaten 2021 **2021/277** (Sachstand: Oktober 2021)
- 7 2. Änderungssatzung der Satzung für den Integrationsbeirat **2021/297** der Stadt Neustadt am Rübenberge

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Schlicker eröffnet die Sitzung des Jugend, Sozial, Integration und Teilhabe Ausschusses um 18:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden und Zugeschalteten.

Frau Schlicker stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Sie merkt an, dass Wortbeiträge über Handzeichen und Abstimmungen eventuell über den Chat von GoToMeeting erfolgen.

Es gibt keine Einwände.

2. Berichte und Bekanntgaben

- a) Frau Baroke merkt an, dass das Interview mit dem Bürgermeister, welches am 04.01.2022 in der HAZ erschien und u.a. die Digitalisierung der Stadtverwaltung thematisiert, Fehlinformation enthalte. Die Digitalisierung im FD 50 ist nicht, wie angegeben, abgeschlossen. Es bedarf Abstimmungen sowohl innerhalb der Stadtverwaltung Neustadt, als auch mit der Region Hannover.
- b) Frau Heidemann gibt bekannt, dass sich der Seniorenbeirat am 16.12.2021 konstituierte und Herr Heinz-Günter Sala Vorsitzender des Beirates ist.
- c) Frau Itrich stellt die in Namen der SPD folgende Anträge:
 - „Die SPD beantragt, den Behindertenbeauftragten zu ermöglichen, im Ausschuss für Jugend, Soziales, Integration und Teilhabe als zusätzliches beratendes Mitglied teilzunehmen. Des Weiteren sollen sie die Möglichkeit haben, wenn nötig, eine Vertretung zu entsenden.“ **(Anlage 1a)**
 - „In der Stadt und in den Stadtteilen sind mindestens 80 % an Krippenplätzen für Kinder von 1-bis 3- Jahren vorzuhalten.
Wir beantragen im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den bestehenden Kindertagesstätten genügend Krippenplätze schnell, unbürokratisch und auch langfristig zur Verfügung zu stellen.“ **(Anlage 1b)**
 - „Die Verwaltung wird beauftragt, für barrierefreie Zugänge in allen städtischen Gebäuden zu sorgen. Jedes Gebäude soll über mindestens einen barrierefreien Zugang/Ausgang verfügen. Elektronische Türöffner, Fahrstühle, ebenerdige Türschwellen, ggf. Rampen sind dabei genauso bedeutsam, wie Orientierungshilfen für Sehbehinderte und Informationen in leichter Sprache, um sich gut in öffentlichen Räumen zurechtfinden zu können. Die Verwaltung soll prüfen, ob sie Fördermittel im Rahmen der Maßnahmen zur Inklusion generieren kann.“ **(Anlage 1c)**
 - „Wir beantragen im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung (kommunale Gleichstellungsbeauftragte) und der Frauenberatungsstelle Neustadt a. Rbge. eine Wohnraumbörse für Opfer von häuslicher Gewalt in Neustadt a. Rbge. zu schaffen, damit den Gewaltopfern schnell, unbürokratisch und auch langfristig durch eine eigene Wohnung ein Wiedereinstieg in die Gesellschaft und ein gewaltfreies Leben garantiert werden kann.“ **(Anlage 1d)**
 - „Die SPD- Fraktion stellt den Antrag auf Einrichtung eines Jugendparlaments.“ **(Anlage 1e)**

3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

- a) Der Ortsbürgermeister Herr Michael Homann berichtet, dass im Sommer 2021 über ein Investorenmodell für die KITA Eilvese gesprochen wurde, ihm bisher jedoch kein Ergebnis und auch kein aktueller Sachstand bekannt sei. Außerdem fragt er, wie die weitere Vorgehensweise aussieht.
Herr Schillack gibt an, dass er sich mit Herrn Schütte in Verbindung setzen werde um Informationen einzuholen.
- b) Die Einwohnerin Frau Ricarda Weitzel aus Eilvese berichtet, dass sie ihr Kind in der Kindertagesstätte Auenland anmelden musste, da in der KTIA Eilvese kein Krippenplatz zur Verfügung stand. Sie kritisiert den Personalmangel und hohen Krankenstand. Ihre Frage an die Verwaltung lautet, wie die Personalsituation kurzfristig verbessert werden soll, da eine langfristige Verbesserung keine Lösung für derzeitige Problem sei. Außerdem fragt sie, wie das Personal nach Neustadt geholt werden soll und wie gewährleistet werden kann, dass Familien einen KITA Platz vor Ort bekommen. Sie persönlich müsse eventuell ab August eine neue Einrichtung suchen, da ein Wechsel von der Krippe in den Kindergarten in dieser Kindertagesstätte zur Zeit für ihr Kind nicht möglich sei.
Herr Schillack berichtet von der Idee, Springer zu aquirieren, welche in verschiedenen Einrichtungen eingesetzt werden soll. Er gibt jedoch zu verstehen, dass so kurzfristig keine Besserung in Sicht sei und nur langfristig nach Lösungen und Ideen gesucht werden kann. Nicht nur die Stadt Neustadt ergreift Maßnahmen zur Verbesserung der Gesamtsituation in den KITAs, in dem zum Beispiel Gehälter für Ausbildungen gezahlt werden könnten. Auch andere Träger bemühe sich darum. Abschließend berichtet Herr Schillack von über 80 Einstellungsverfahren im KITA-bereich und einer geringen Fluktuation.

4. Anfragen

Frau Schlicker merkt an, dass der Punkt „Anfragen“ in zukünftigen Ausschusssitzungen zuletzt bearbeitet wird.

- a) Frau Czernetzki reagiert auf die Frage von Frau Weitzel und fragt, inwiefern die Akquise neuer Bewerber und Bewerberinne über social media wie facebook und instagram angenommen wird.

Herr Schillack antwortet, dass es schwierig ist zu eruieren, da bisher nicht erfragt wurde, auf welchem Wege die Bewerber und Bewerberinnen auf die freien Stellen aufmerksam geworden sind. Dies soll aber nachgeholt werden.

- b) Frau Itrich bittet um Erklärung, warum der Personalnotstand bei Erziehern und Erzieherinnen nicht kurzfristig durch die Unterstützung von Eltern, zum Beispiel als Zweit- oder Drittkraft, aufgefangen wird. Außerdem fragt sie, durch wen der Einsatz von Eltern als Unterstützung organisiert wird.
Die Frage beantwortet Herr Schillack mit der Begründung, dass es sich hierbei um ein fragliches, rechtliches Thema handelt. In Einrichtungen mit 4 Gruppen ist das für 2-3 Tage möglich. In seltenen Fällen wird auf darauf zurückgegriffen, sofern die unterstützenden Eltern kein Kind in der Einrichtung haben. Die Verwaltung tut alles, damit die Kindergärten geöffnet bleiben.

- c) Das Projekt der „roten Bank“ wird von Frau Itrich lobend erwähnt. Für sie stellt sich allerdings die Frage, warum solche Bänke mit Stoffbezug und nicht wetterfest gebaut werden, damit sie wetterunabhängig an den vorgegebenen Standorten stehen bleiben können.

Bei der besagten Bank handelt es sich um eine ganz besondere Bank, wie Frau Heidemann erklärt. Es ist die erste in Neustadt aufgestellte Bank, welche zudem aus gesponserten Materialien besteht. Sie soll zukünftig im Rathaus stehen. Neben dieser Bank folgen weitere. So wird zum Beispiel eine Bank an der Schranke (Nienburger Str. 31) und an der Leutnantwiese von der Firma Temps rot lackiert und nach der Fertigstellung wieder installiert.

- d) Wie Frau Itrich beobachten konnte, wurde das Bewegungsgerüst in der KITA Eilvese umgestellt, da es aus der Vorrichtung gerissen war. Sie möchte wissen, ob dies geschah nachdem die Sanierungen wegen Feuchtigkeit erfolgten

Die Kirche als Betreiber hatte das Klettergerüst an einer Stelle befestigt, die baulich nicht geeignet war, um ein solches Gerüst dort anzubringen. Nun ist das Gerüst an einer Stelle installiert, die einen verkehrssicheren Betrieb gewährleistet.

- e) Herr Rudolf stellt sich als neues Mitglied mit einer neuen Partei vor und gibt an, in Bezug auf einige Themengebiete unsicher zu sein, in welchem Ausschuss diese richtig platziert wären.

Seiner Auffassung nach beschäftigt sich der Ausschuss auch um Menschen mit besonderen Schwierigkeiten. Eine diskriminierte Personengruppe fehlt ihm jedoch. Die ungeimpften Menschen sind seit ca. 2 Jahren von einem starken Lockdown betroffen und werden nahezu komplett vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. Von der Presse und der Politik werde hier kein Virus bekämpft, sondern Menschen. Er fragt die Verwaltung, warum Spaziergänge polizeilich begleitet und Masken getragen werden müssen. Zudem fordert Herr Rudolf, dass die betroffenen Menschen zurück in die Gesellschaft geholt werden.

Dass sich die Thematik eher dem ordnungsrechtlichen Bereich und nicht dem sozialrechtlichen zuordnen lässt, ist der Ausschuss nicht der richtige Rahmen für diese Fragestellung. Außerdem erklärt Frau Plein, dass die Verwaltung in rechtlicher Hinsicht keine Einflussmöglichkeiten hat, da es sich um Verordnungen handelt. Herr Schillack verweist an die Kontaktbeamtin der Polizei Frau Pamela Hoffmann. Antworten zu den im Nachgang gestellten Fragen von Herrn Rudolf befinden sich in **Anlage 2**

- f) Während der Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses wurde eine Präsentation zur Personalsituation in den KITAs gezeigt. Frau Cortese fragt, ob diese Präsentation dem Protokoll beigefügt werden kann.

Die Präsentation befindet sich in **Anlage 3**.

- g) Aus den Antworten zu TOP 4, Punkt b) ergeben sich für Herrn Pieper die Fragen, warum der Einsatz von Eltern als Zweit- oder Drittkraft nur für 2-3 Tage möglich ist und warum dies nur in großen Einrichtungen erfolgen kann.

Es wird von Herrn Schillack darauf hingewiesen, dass es bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen immer ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis bedarf. Außerdem besteht ein hoher Qualitätsanspruch, da es sich bei der Arbeit in der frühkindlichen Bildung um den Elementarbereich im deutschen Bildungssystems handelt. Deshalb und weil sich die rechtlichen Vorgaben nochmal verschärft haben, wird nur in absoluten Ausnahmen auf die Möglichkeit zurückgegriffen.

Der Paragraph mit angesprochenen Änderungen ist dem Protokoll in **Anlage 4** beigelegt.

- h) Zu Beginn der Sitzung wies Frau Baroke auf die Fehlinformation durch die HAZ hin. Herr Pieper macht den Vorschlag, die Richtigstellung der Information in Form einer Randnotiz in der Zeitung abdrucken zu lassen.

Antwort der Verwaltung:

„Da die Aussagen von Herrn Herbst keine direkte Auswirkung auf die Bürgerinnen und Bürger haben, die mit notwendigen Änderungen der Verhaltensweise einhergehen, wird auf eine explizite Gegendarstellung verzichtet.“

5. Beteiligung der Ortsräte; Stellungnahmen der Verwaltung zu den 2021/217/1 Vorschlägen der Ortsräte für den Haushalt 2022

Frau Luft fragt an, wo sich der Beschluss des Ortsrates Helstorf wiederfindet, dass Planungskosten für den Schulbau eingestellt sind.

Frau Plein liest den Text der Stellungnahme aus Anlage 1, lfd. Nr. 11 vor und teilt mit, dass im Falle eines entsprechenden Ratsbeschlusses selbstverständlich Planungskosten eingestellt werden.

6. 2. Bericht über die Entwicklung der Haushaltsdaten 2021 2021/277 (Sachstand: Oktober 2021)

Zu der Vorlage 2021/277, Anlage 6, lfd. Nr. 41 erfragt Frau Brückner, warum das Wort „kann“ im letzten Satz der Stellungnahme steht.

Antwort der Verwaltung:

*Es handelt sich hierbei um eine kann-Formulierung, weil die Rahmenbedingungen für den bezahlbaren Wohnraum nicht bei jeder Bauleitplanung für Wohnraumzwecke zutrifft. Es müssen auch die städtebaulichen Rahmenbedingungen wie soziale Infrastrukturen, ÖPNV - Anschluss, Größe des Plangebietes stimmen. Also das Plangebiet **muss** geeignet sein, damit ein entsprechender Vertrag abgeschlossen werden **kann**. Erst dann macht der Abschluss eines entsprechenden städtebaulichen Vertrages auf Basis eines politischen Beschlusses Sinn. Beispiel: bei 5 Bauplätzen in Esperke wäre es eher nicht erforderlich, bei 25 Bauplätzen in Helstorf aber schon*

7. 2. Änderungssatzung der Satzung für den Integrationsbeirat der 2021/297 Stadt Neustadt am Rübenberge

- a) In der 2. Satzungsänderung ist dem Verständnis von Frau Strecker nach angegeben, dass die Mitglieder des Integrationsbeirates durch einen Ausschuss benannt werden. Sie fragt nach, in welchem Ausschuss dies geschieht.

Das neue Verfahren sieht vor, dass der Ausschuss für Jugend, Soziales, Integration und Teilhabe potentielle Mitglieder und Mitgliederinnen aus den Bewerbung vorschlägt, der Rat darüber entscheidet und die Personen benennt, erklärt Frau Heidemann.

- b) Frau Brückner merkt an, dass die Bezeichnung „Integrationsbeirat“ zu Irritationen führen kann, denn nach ihrem Verständnis, werden so neben den Menschen mit Migrationshintergrund auch Menschen mit Beeinträchtigungen angesprochen. Da in der Satzung jedoch nur die Menschen mit Migrationshintergrund erwähnt werden, müsste es „Migrationsbeirat“ heißen.

Frau Siedow möchte sich dazu äußern. Per Satzung hat die Behindertenbeauftragte das Recht Empfehlungen und Stellungnahmen in den Ausschuss einzubringen und äußert sich wie folgt: Integration bezeichnet den Prozess, einzelne Individuen in eine Gruppe zu integrieren. Inklusion beschreibt dagegen, dass viele individuelle Menschen in einer Gruppe aufgehen, ohne dass dabei unterschiedliche Gruppen erkennbar sind. Frau Siedow erklärt, dass Menschen mit Behinderung inkludiert und nicht integriert werden wohin gegen geflüchtete Menschen eher integriert werden. Ihrem Verständnis nach bedarf es einer genauen Definition von Integration und Migration

Von Frau Brückner geht die Bitte ein, dass dieser Punkt nochmal überdacht wird.

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt die 2. Änderungssatzung der Integrationsbeiratssatzung der Stadt Neustadt a. Rbge. vom 10.12.2015 in der beigefügten Fassung.

- - -

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Frau Schlicker die Sitzung um 19:20Uhr.

Christina Schlicker
Ausschussvorsitzender

R. Luzie Flegel
Protokollführer/-in

Neustadt a. Rbge., 20.01.2022